

Landes-
hauptstadt Kiel



Niederschriften der Sitzungen der Ratsversammlung Ab 1946

Stadtarchiv Kiel
Bestand Protokolle der Ratsversammlung
Signaturen P II/64 fortlaufend

Einladung

für die Sitzung der Stadtvertretung am Mittwoch, dem 15. Mai 1946,
15⁰⁰ Uhr im Rathaus, Ratssaal.

Tagesordnung

- 1) Wirtschaftszusammenbruch und Wirtschaftsaufbau.
Berichterstatter: Bürgermeister Gayk.
- 2) Anmietung und Aufstellung von Wohnbaracken für Bauarbeiterfamilien.
Berichterstatter: Bürgermeister Gayk und
Stadtbaudirektor Jensen.
Mitberichterstatter: Stadtkämmerer Dr. Jeschke.
- Material verteilt -
- 3) Rückkauf des Grundstücks Flügendorfer Straße Ecke Passader Straße.
Berichterstatter: Stadtbaudirektor Jensen.
- Material verteilt -
- 4) Straßen- und Kanalisationsanlagen für die Barackensiedlung auf dem Prof.-Peters-Platz.
Berichterstatter: Stadtbaudirektor Jensen.
- Material verteilt -
- 5) Ermietung des Saales im "Haus der Landwirte".
Berichterstatter: Stadtschulrat Dr. Danielsen.
Mitberichterstatter: Stadtkämmerer Dr. Jeschke.
- Material verteilt -
- 6) Einführung eines freien Tages im Gastwirtsgewerbe.
Berichterstatter: Dezernent Paulsen.
- Material verteilt -
- 7) Zuweisung der Abteilung Raumbewirtschaftung an das Stadtwirtschaftsamt.
Berichterstatter: Verwaltungsrat Mandelkow.
Mitberichterstatter: Dr. Thunsdorff.
- Material verteilt -
- 8) Bestellung von 4 Vertretern für den Schleswig-Holsteinischen Städteverein.
Berichterstatter: Oberbürgermeister--
- Material verteilt -
- 9) Wahl des Aufsichtsrats der Kieler Wohnungsbaugesellschaft.
Berichterstatter: Bürgermeister Gayk.
- Material verteilt -
- 10) Verschiedenes.

gez. K o c h .

Anwesenheitsliste

für die Sitzung der Stadtvertretung am 15. Mai 1946 15 Uhr

N a m e

Unterschrift

Dr. Becker, Otto

Behnke, Emil

Book, Fritz

Brede, Dorothea

Behnke, Fritz
Brede

✓ Breitenstein, Walter

Burmester, Rudolf

Dickmann, B.

Dose, Hinrich

Burmester
Dickmann

✓ Dr. Deussen, Wolfgang

Dobratz, Walter

Einfeldt, Heinrich

Dr. Encke

Engel, Otto

Ehrig, Wilhelm

Dobratz

Encke

W. Ehrig

✓ Gayk, Andreas

Name

Unterschrift

Giese, Reinhold

✓ Gottschalk, Rudolf

Gottschalk

Hembrecher, Wolfgang

Husfeldt, Andreas

Andreas Husfeldt

Dr. Husfeldt, Paul

Jung, Hedwig

Jung

Karge, Bernhard

Karge

✓ Kintzinger, Ernst

✓ Koch, Willi

Kletscher, Emil

Kowalewsky, Walter

Kossack, Bruno

Krautwurst, Karl

✓ Dr. Lindemuth, Karl

Müller, Adolf

Lindemuth

Kowalewsky

Kossack

Krautwurst

Schlarbaum.

Kiel, den 15.5.1946

An das Hauptamt - Rathaus.

Hiermit bitte ich mich zu entschuldigen, dass ich an der Sitzung des Ratsausschusses am 15.5. nicht teilnehme, da meine Eltern* am genannten Tage "Diamantenhochzeit" haben.

Schlarbaum

N a m e

Unterschrift

✓ Dr. Nielsen, Nicolai

Nickelsen, Adolf

J. Nickelsen

Neubauer, Ernst

Neubauer

Oertel, Alfred

Oertel

Prey, Ernst

Prey

Preßler, Otto

Preßler

Ratz, Karl

Ratz

Roestel, Ruth

Roestel

✓ Schwein, Robert

Stoffers, Ernst

Stoffers

✓ Schatz, Gustav

Gustav Schatz

Schmidt, Max

Schmidt

Schröder, Hans

H. Schröder

Schwartz, Hans

Stade, Hans

Hans Stade

Name

Unterschrift

Schlerbaum, Rudolf

Schlichting, Alois

Völker, Gertrud

Fittmasch, Max

Max Fittmasch

Entschlieung.

Die Stadtvertretung richtet an alle Einwohner unserer Stadt den dringenden Appell, durch eigene Mitarbeit an den Aufräumungs- und Aufbauarbeiten ihren ungebrochenen Lebenswillen zu bekunden.

Unsere Stadt, die durch den zweiten Weltkrieg die schwersten Schäden erlitten hat, erwartet, daß sie in ihren Aufbaubestrebungen vorbehaltlos und nachdrücklich unterstützt wird. Insbesondere erwartet sie, daß an die Stelle eines wirtschaftlich nicht zu rechtfertigenden Konkurrenzkampfes innerhalb unserer Provinz die planvolle Lenkung aller Umstellungs- und Aufbaumaßnahmen im Rahmen der Landesplanung tritt und daß dabei die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Gemeinden entsprechend berücksichtigt werden.

132

EntschlieBung.

Die Stadtvertretung stimmt den ihr vorgetragenen Plänen zum Aufbau einer Friedensindustrie in Kiel grundsätzlich zu und beauftragt die zuständigen Ausschüsse und städtischen Dienststellen, alle auf dieses Ziel gerichteten Bestrebungen Kieler und auswärtiger Wirtschaftskreise auch weiterhin in jeder Hinsicht zu unterstützen.

Die Stadtvertretung stellt in diesem Zusammenhang fest, daß bei der besonderen Lage unserer Stadt die schleunige Freigabe des ehemaligen Werftindustriegeländes für den Aufbau der neuen Industrien unbedingt notwendig ist. Sie richtet deshalb an alle Stellen, bei denen die Verantwortung oder Mitbestimmung liegt, die dringende Bitte, dahin zu wirken, daß dieses Gelände für die friedlichen Aufbaupläne der Stadt Kiel unverzüglich freigegeben wird.

Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in unserer Stadt machen diese Frage zu einer Existenzfrage. Auf den Ernst der Lage weist die Stadtvertretung mit allem Nachdruck hin. Sie erwartet, daß ihre dringenden Vorstellungen bei den bevorstehenden Entscheidungen entsprechend berücksichtigt werden.

K i e l , den 3. Mai 1946. 133

Betrifft: Anmietung und Aufstellung von Wohnbaracken für Bauarbeiterfamilien.

Berichterstatter: Bürgermeister Gayk und Stadtbaudirektor Jensen.

Mitberichterstatter: Stadtkämmerer Dr. Jeschke.

Antrag: Für den Abbruch, Transport und die Wiederaufstellung von 5 Wohnbaracken 150.000 RM aus Haushaltsstelle 660/901 - Groß- und Kleinräumung - bereitzustellen.

Begründung:

Für die Unterbringung von von auswärts heranzuziehenden Baufacharbeitern für den Wiederaufbau wird dringend Wohnraum benötigt. Auf die Dauer lassen sich diese Kräfte nur halten, wenn auch die Familien in Kiel untergebracht werden können. Eine Unterbringung in freiem Wohnraum ist in absehbarer Zeit nicht möglich. Deshalb sollen Wohnbaracken aus Wehrmachtsbeständen angemietet und in Kiel aufgestellt werden. Diese Baracken stehen z.Zt. noch ausserhalb Kiels. Sie müssen daher abgebrochen, nach Kiel transportiert und hier wieder aufgestellt werden. Für die Aufstellung von 5 solchen Baracken ist nach Schätzung des Bauamtes der angeforderte Betrag erforderlich. Es können 44 Familien in 1- und 2-Zimmerwohnungen untergebracht werden.

N i e m e y e r .

134
Kiel, den 12. April 1946

Betrifft: Rückkauf des Baugrundstücks Ecke Passader- und Flüggen-
dorfer Straße.

Berichterstatter: Stadtbaudirektor Jensen.

Antrag: a) Zustimmung zum Rückkauf,
b) Bereitstellung der Mittel von rd. 10.100 RM bei einer
neu einrichtenden Haushaltsstelle unter Entnahme
aus der Haushaltsstelle 920/971.

Begründung:

Das 1485 qm große Grundstück wurde im Jahre 1941 zum Preise von 6,75 RM/qm frei Straßenkosten an den Baumeister Hermann Hudemann, Inhaber des Baugeschäfts August Hudemann, zur Errichtung eines Neubaus für die Reichspost veräußert. Infolge der veränderten Verhältnisse kommt für die Post der Neubau nicht mehr in Frage. Baumeister Hudemann hat daher angefragt, ob unter diesen Umständen die Stadt Kiel das Grundstück zurückerwerben will. Nachdem sich die Stadtplanung dahingehend geäußert hatte, daß an den Rück-erwerb ein besonderes Interesse besteht, da es sich um baureifes Gelände handle, das evtl. für besondere Austausch Zwecke verwendet werden könne, haben sowohl der Fachausschuß für Grundstücksverwaltung wie auch der Ausschuß für Stadtplanung und Bauwesen einem Rückkauf zugestimmt. Bei der Anforderung der Mittel ist unterstellt worden, daß die Kosten des Rückkaufs von Hudemann getragen werden.

N i e m e y e r.

K i e l , den 18. April 1946.

Betrifft: Straßen- und Kanalisationsanlagen für die Barackensiedlung auf dem Prof.-Peters-Platz.

Berichterstatter: Stadtbaudirektor J e n s e n .

Antrag: Nachträgliche Zustimmung zu der erfolgten Vergebung der Straßen- und Kanalarbeiten.

Begründung:

Es handelt sich um die Barackensiedlung, die auf Anordnung der Militärregierung für die Aufnahme von Flüchtlingen auf dem Prof.-Peters-Platz hergerichtet worden ist. Ursprünglich sollten die notwendigen Straßenbefestigungs- und Kanalisationsarbeiten für diese Siedlung durch Kräfte des Baustabes V ausgeführt werden. Diese hatten am 27.12.45 auch mit den Arbeiten begonnen, mußten sie aber bereits am 12.1.46 wieder einstellen, da sämtliche militärischen Einsätze für den Zivilen Sektor aufgehoben wurden. Die Angelegenheit ruhte dann eine Zeit lang, bis die Militärregierung das Stadtbauamt mit der Durchführung der Arbeiten betraute und wegen der Dringlichkeit der Fertigstellung die sofortige freihändige Vergebung der Arbeiten forderte. Eine engere oder öffentliche Ausschreibung wie sonst üblich, war unter diesen Umständen nicht möglich. Für die freihändige Vergebung kam nur ein leistungsfähiger Unternehmer in Betracht, der über das notwendige Gerät und Personal verfügte, um die umfangreichen Arbeiten auf breiter Front vorantreiben zu können. Die Wahl fiel auf die Firma Decker & Sönnichsen, die in der Lage war, sofort mit den Arbeiten zu beginnen. Der Zuschlag an die Firma wurde jedoch unter dem Vorbehalt einer evtl. Preisrevision erteilt, sofern sich diese bei einer Preisprüfung als notwendig herausstellen sollte. Das Angebot der Firma schließt mit 73.987,-- RM ab. Die Kosten sind auf 100.000,-- RM veranschlagt und werden von der Gemeinschaftslagerverwaltung getragen.

J e n s e n .

Betrifft: Ermietung des Saales im Hause der Landwirte.

Berichterstatter: Stadtschulrat Dr. Danielsen,

Mitberichterstatter: Stadtkämmerer Dr. Jeschke.

Antrag: Ermietung des Saales im Haus der Landwirte durch die Stadt Kiel gegen eine jährliche Miete in Höhe von RM 6,750,-- zur Durchführung von kulturellen Veranstaltungen.

B_e_g_r_ü_n_d_u_n_g_:

Die Stadt Kiel beabsichtigt, den Saal im Haus der Landwirte, Kiel, Sophienblatt, zu mieten. Der Saal ist in erster Linie für die Kassen des städtischen Orchesters, welche zur Zeit keinen geeigneten Raum besitzt, gedacht. Aber auch für Ausstellungen und kulturelle Veranstaltungen, wie sie von der Firma Mühlau und Streiber geboten werden, mangelt es an geeigneten Räumen. Die Aula der Admiralgraf-Spee-Schule muß entlastet werden. Die Jahresmiete beträgt RM 6.750,--. Darin sind nicht enthalten Kosten für Reinigung, Heizung, Beleuchtung. Ein beträchtlicher Teil der Ausgaben wird durch Vermietung wieder hereinkommen. Es sind noch keine Stühle vorhanden, die noch beschafft werden müssen, damit der Saal für kulturelle Veranstaltungen benutzt und auch vermietet werden kann. Die Vermieterin wünscht, daß eine eventl. Erhöhung der Steuern und öffentlichen Abgaben anteilig von der Mieterin übernommen werden. Ferner soll die Reinigung des Treppenhauses bis zum Saal von den Putzfrauen der Mieterin erfolgen.

Herr Stadtkämmerer Dr. Jeschke hält die Forderungen der Vermieterin für unbillig. Er ist der Ansicht, daß die Vermieterin die Steuern zu tragen hat; Dr. Jeschke schlägt ferner vor, daß die Treppe wöchentlich 1 mal von der Mieterin gereinigt wird, nachdem der Saal in Betrieb genommen worden ist.

Dr. Danielsen

Betrifft: Einführung eines freien Tages in der Woche für die Gast- und Speisewirtschaften.

Berichterstatter: Dezernent Paulsen und Ratsherr Hombrecher.

Antrag: Der Einführung eines freien Tages zuzustimmen.

B e g r ü n d u n g .

Die Wirtschaftsgruppe des Hotel- und Gaststättengewerbes Kiel (Leiter Herr Hombrecher) beantragt die Wiedereinführung eines freien Tages in der Woche für die Gast- und Speisewirtschaften. Die Eingabe wird in der Hauptsache damit begründet, daß in den Wirtschaften gutes Fachpersonal fehle (nach Mitteilung des Arbeitsamtes fehlen z.Zt. 50 Personen) und die Wirte gezwungen seien, sich um alle Einzelheiten im Betrieb zu kümmern und deshalb besonders stark in Anspruch genommen seien. Auch das Küchenpersonal habe bei der augenblicklichen schwierigen Versorgungslage keinen leichten Stand.

Ferner beantragt der Verband der Hotel-, Restaurant- und Kaffee- Angestellten die Festsetzung eines freien Tages in der Woche mit Rücksicht auf die knappe Lebensmittelversorgung und den dadurch verschlechterten Gesundheitszustand des Personals. Es wird angeführt, daß die Angehörigen aller anderen Berufe einen freien Tag in der Woche erhalten, für das Personal des Gaststättengewerbes aber dieser freie Tag bei der bisherigen Regelung nicht immer gewährt werden könne. Das Personal des Gaststättengewerbes müsse 60 Stunden in der Woche arbeiten, ohne Zusatz-Lebensmittelkarten zu beziehen. Die genannte Wirtschaftsgruppe übernimmt es, die freien Tage für die einzelnen Wirtschaften so einzuteilen, daß keine Stockung in der Versorgung der Bevölkerung eintritt.

P a u l s e n.

Betrifft: Zuweisung der Abteilung Raumbewirtschaftung an das Stadtwirtschaftsamt.

Berichterstatter: Verwaltungsrat M a n d e l k o w .

Mitberichterstatter: Dr. T h u n s d o r f f .

Antrag: Die Abteilung Raumbewirtschaftung, die bei Errichtung des Planungsamtes diesem angegliedert wurde, wird wieder dem Stadtwirtschaftsamt zugeteilt.

B_e_g_r_ü_n_d_u_n_g_:

Für die Zuweisung der Raumbewirtschaftung an das Planungsamt waren s.Zt. Gesichtspunkte maßgebend, die heute als gegenstandslos angesehen werden können. Es handelte sich einmal darum sicherzustellen, daß das Planungsamt unter allen Umständen Kenntnis von Anträgen erhielt, die im Rahmen der Aufbauplanung von Bedeutung waren. Ferner sollte das Planungsamt auch bei der Entscheidung mitwirken.

Beide Möglichkeiten werden heute auf andere Weise sichergestellt. Einmal erhält das Planungsamt durch die enge Zusammenarbeit mit der Abteilung für Wirtschaftsaufbau und Wirtschaftsförderung im Stadtwirtschaftsamt schon im frühesten Zeitpunkt von derartigen Vorgängen Kenntnis. Zum andern ist das Planungsamt ständig durch einen seiner Mitarbeiter im Ausschuß für Raumbewirtschaftung vertreten und kann dort die Gesichtspunkte der Gesamtplanung zur Geltung bringen.

Organisch gehört die Raumbewirtschaftung in das Stadtwirtschaftsamt. In diesem Amt werden zunächst die Vorgänge unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftsförderung und des Wirtschaftsaufbaus geprüft, sodann werden dort alle mit der Genehmigung und Zulassung zusammenhängenden Aufgaben bearbeitet, und in weiterer Folge muß schließlich durch dieses Amt auch die Raumzuweisung erfolgen.

Für die Organe der Stadtvertretung ändert sich durch die beantragte Regelung nichts. Der beim Planungsamt errichtete Ausschuß für Raumbewirtschaftung bleibt in seiner jetzigen Zusammensetzung bestehen, er wird nur aus dem Hauptausschuß für Planung und Aufbau ausgegliedert und dem Hauptausschuß für Wirtschaft und Ernährung als neuer Fachausschuß zugewiesen.

Es wird beantragt zu beschließen:

- a) die Abteilung Raumbewirtschaftung dem Stadtwirtschaftsamt zuzuteilen,
- b) den Fachausschuß für Raumbewirtschaftung dem Hauptausschuß für Wirtschaft und Ernährung zuzuweisen.

M a n d e l k o w

139

S T A D T K I E L
D E R O B E R B Ü R G E R M E I S T E R

K i e l , d e n 6 . M a i 1946 .

Betrifft: Bestellung von Vertretern für den diesjährigen Schleswig-Holsteinischen Städtetag.

Berichterstatter: Oberbürgermeister.

Antrag: Zustimmung zum Wahlvorschlag, der mündlich gegeben wird.

Begründung

Zum 22.d.Mts. ist ein Städtetag nach Flensburg zusammenberufen. Den Vorsitz führe ich als Oberbürgermeister des letzten Vorortes Kiel. Die Tagesordnung umfaßt Neukonstituierung des Vereins durch Erlaß der Satzung, Wahl des Vorstandes und Entgegennahme zweier Referate über die neue Deutsche Gemeindeordnung und die Gemeindefinanzlage.

Kiel hat 4 stimmberechtigte Vertreter, die Mitglieder der Stadtvertretung sein müssen, zu entsenden.

Die Wahl soll in der Sitzung der Stadtvertretung vom 15. d.Mts. vollzogen werden.

K o c h .

Betrifft: Wahl des Aufsichtsrats der Kieler Wohnungsbaugesellschaft und Bestellung eines Vertreters der Stadtgemeinde Kiel für die Gesellschafterversammlung.

Berichterstatter: Bürgermeister Gayk.

Antrag: Zustimmung zu Vorschlägen, die mündlich vorgebracht werden.

Begründung:

Der Aufsichtsrat der Kieler Wohnungsbaugesellschaft, der aus sieben Mitgliedern und sieben Vertretern besteht, ist nicht mehr arbeitsfähig, da die meisten Aufsichtsratsmitglieder von der britischen Besatzungsmacht verhaftet sind. Von den ordentlichen Aufsichtsratsmitgliedern ist z.Zt. nur noch der Stadtbaudirektor J e n s e n im Amt.

Es ist erforderlich, daß der bisherige Aufsichtsrat durch Beschluß der Gesellschafterversammlung, die durch das letzte Aufsichtsratsmitglied einzuberufen ist, aus seinem Amt entlassen wird, und daß entsprechend dem Gesellschaftsvertrage sieben Aufsichtsratsmitglieder und sieben Stellvertreter für die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder gewählt werden.

Es wird ferner gebeten, einen Vertreter der Stadtgemeinde Kiel für die Gesellschafterversammlung zu bestellen und ihn anzuweisen, in der Gesellschafterversammlung den bisherigen Aufsichtsrat zu entlassen und neue Aufsichtsratsmitglieder und Vertreter zu wählen.

K o c h .

Betrifft: Wiederaufbau des städt. Gesundheitsamtes.

Berichtserstatter: Stadtrat Dr. D e u s s e n .

Mitberichterstatter: Baudirektor S c h r ö d e r
Städt. Med. Rat Dr. K r ä m e r .

Antrag: Der baldigen Errichtung einer Baracke für das städt. Gesundheitsamt auf dem Gelände der städt. Krankenanstalt zuzustimmen.

B e g r ü n d u n g

Das Gesundheitsamt ist jetzt in der städt. Krankenanstalt untergebracht. Eine anderweitige Unterbringung ist erforderlich, da die Mil. Reg. die Aufhebung der Hilfskrankenhäuser fordert und der Raum deshalb von der Krankenanstalt benötigt wird. Es ist geplant, für das Gesundheitsamt eine Baracke auf dem Gelände der Krankenanstalt zu errichten.

Weitere Begründung erfolgt durch Vorlage einer Denkschrift.

gez. Dr. K r ä m e r .

4

bringung verfügbar zu machen. Es wird dadurch eine Aufgabe von Betten in Hilfskrankenhäusern erreicht, die jetzt von der Stadt angemietet werden und deren Betriebsführung unvergleichlich teurer ist, als wenn auf dem eigentlichen Krankenhausgrundstück ein normaler Betrieb wieder in Gang gebracht wird. Im finanziellen Interesse der Stadt liegt es also, für das Gesundheitsamt geeignete Unterkunftsmöglichkeiten zu verschaffen, um damit die Betriebskosten für die städt. Krankenanstalten herabzusetzen, sodaß die für die Errichtung der Baracke einmalig aufzuwendenden Kosten in Kürze durch die straffe Zentralisierung des Krankenhausbetriebes eingebracht sein dürften.

Es wird deshalb gebeten, falls dem Objekt der Errichtung der Baracke auf dem städt. Krankenhausgelände nicht zugestimmt wird, dem Gesundheitsamt geeignete, andere Räumlichkeiten beschleunigt zuzuweisen, wobei darauf aufmerksam gemacht wird, daß diese Räumlichkeiten möglichst zentral gelegen sein müssen, da der starke Publikumsverkehr es unmöglich macht, mit dem Gesundheitsamt an die Peripherie der Stadt zu gehen.

gez. Dr. K l o s e .

Begründung zum Wiederaufbau des städtischen Gesundheitsamtes.

Durch das Gesetz zur Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934 ist in jedem Stadt- und Landkreis ein Gesundheitsamt errichtet worden, dem nach § 3 folgende Pflichtaufgaben zugewiesen sind:

- I. Die Durchführung der ärztlichen Aufgaben
 - a) der Gesundheitspolizei,
 - b) der gesundheitlichen Volksbelehrung,
 - c) der Schulgesundheitspflege,
 - d) der Mütter- und Kinderberatung,
 - e) der Fürsorge für Tuberkulöse, Geschlechtskranke körperlich Behinderte, Sieche und Süchtige.
- II. Die ärztliche Mitwirkung bei Maßnahmen zur Förderung der Leibesübungen.
- III. Die Amts-, gerichts- und vertrauensärztliche Tätigkeit.

In Kiel wurde das in seinen Anfängen bereits seit 1907 bestehende Gesundheitsamt als Gesundheitsamt im Sinne des Gesetzes vom 3. Juli 1934 anerkannt.

Bis zum Ausbruch des Krieges war das Gesundheitsamt untergebracht mit der Leitung in 4 Zimmern der 1. Etage des nach der Rathausstraße gelegenen Flügels des Rathauses und mit den übrigen Abteilungen in den Häusern Dammstraße 3 a und 5 und Sophienblatt 62 a. Insgesamt standen dem Gesundheitsamt etwa 65 Räume zur Verfügung.

Im Verlaufe der Kriegshandlungen wurde das Gesundheitsamt im Hause Dammstr. 3 a am 13.12.1943 zum 1. Mal ausgebombt und mit den übrigen Abteilungen im Hause Dammstr. 5 zusammen untergebracht, um nach der Vernichtung auch dieses Gebäudes im Januar 1944 nach der Bücherei und Lesehalle am Lorentzendamm 23 verlegt zu werden. Hier im Mai 1944 zum 3. Mal ausgebombt, erfolgte seine Verlegung in das Kieler Mütter- und Säuglingsheim in der Paul-Flemming-Straße und nach Zerstörung des Heimes im August 1944 die behelfsmäßige Unterbringung in Haus I und III der städt. Krankenanstalt, während die Erbkartei in eine Mietwohnung in Preetz ausgelagert wurde.

Beim Eintreten des Waffenstillstandes war das Gesundheitsamt wie folgt untergebracht:

- a) in dem stark beschädigten Haus I der städt. Krankenanstalten
- b) in Haus III der städt. Krankenanstalten
- c) in Räumen des Klosterhofes Preetz.

Da schon in den Sommermonaten feststand, daß das ohne Dach befindliche Haus I für die ungünstige Jahreszeit keine Unterkunft für das Gesundheitsamt bieten könnte, wurde versucht, in Selbsthilfearbeit der Beamten und Angestellten entsprechende Räumlichkeiten in dem an der Harmsstraße gelegenen Flügel des Stadtklosters herzurichten. Leider erhielt das Gesundheitsamt bei diesem Bestreben trotz mehrfacher Vorstellungen keine Unterstützung durch die städt. Bauverwaltung. Es wurde bereits im September und Oktober 1945 wiederholt versucht, durch Vortrag bei der britischen Militärregierung 312 die Zuweisung der benötigten Baustoffe für die Vollendung des mit unendlicher Mühe in Angriff genommenen Selbsthilfevorhabens zu bewerkstelligen. Leider verliefen diese Bemühungen ergebnislos. Bei Ein-

Bei Einsetzen der Regenperiode trat die erwartete Katastrophe ein. Das Gesundheitsamt mußte im November 1945 aus den Räumen des Hauses I in das Erdgeschoß des Hauses IV verlegt werden, da im Haus I das Wasser zentimeterhoch stand.

Im Haus IV war eine Heizmöglichkeit nicht gegeben. Nach Eintritt der Kälteperiode wurde der Dampfbetrieb zunächst in den ungeheizten Räumen weitergeführt, bis schließlich Mitte Januar das Gesundheitsamt in inzwischen fertiggestellte Räume des Verwaltungsgebäudes und des Hauses III der städt. Krankenanstalten verlegt werden mußte, wo sie sich noch heute befinden.

Anfang Januar fand eine eingehende Besichtigung durch die Herren Oberbürgermeister Dr. Emcke und Col. Ross von der Mil. Reg. Det 909 statt zwecks Entscheidung der Frage über die anderweitige räumliche Unterbringung des Gesundheitsamtes. Dabei wurde auf Anraten der städt. Bauverwaltung endgültig davon Abstand genommen, das städt. Gesundheitsamt in den Räumlichkeiten des Stadtklosters unterzubringen, weil die erforderlichen Bauarbeiten wesentlich umfangreicher veranschlagt wurden als die Arbeiten für die Errichtung bereits auf dem Krankenhaugelände zur Aufstellung bereitliegender Baracken. Es wurde dann von der städt. Bauverwaltung der zunächst in Vorlage gebrachte Entwurf für die Unterbringung des Gesundheitsamtes in zwei miteinander verbundenen Holzbaracken auf dem Krankenhaugelände angefertigt. Diese sollten auf den vorhandenen Fundamenten (einschl. Wasser-, Kanalisations- und Heizungsanschlüssen) einer zerstörten Krankenhausbaracke aufgestellt werden. Bei der Planung wurde vorgesehen, daß diese Baracken, nachdem es in fernerer Zukunft gelungen sein würde, für das Gesundheitsamt anderweitige Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, als Infektionsabteilung für die städt. Krankenanstalten weiterlaufen wollten, dadurch wäre es dann ermöglicht, ein weiteres Hilfskrankenhaus - gedacht ist an das Infektionskrankenhaus in Hassee - aufzugeben und diese Betten mit dem Stammhaus in der Metzstraße wieder zu vereinigen.

Dieser erste vom Stadtbauamt in Übereinstimmung mit dem Gesundheitsamt aufgestellte Entwurf, der die Zustimmung des Ausschusses für Grundstückswesen gefunden hat - umfaßte insgesamt 44 Räume. Die Gesamtkosten des Aufbaues waren auf 72.000,- RM veranschlagt. Der Ausschuß für Vorprüfung von Bauvorhaben lehnte den Antrag jedoch ab, da zuviel Holz benötigt würde und dem Gesundheitsamt auch nicht Räume in der vorgesehenen Größe zuerkannt werden könnten. Diesen Beanstandungen wurde in dem zweiten, nunmehr vorliegenden Entwurf Rechnung getragen, dessen Trennwände aus Stein vorgesehen sind und dessen Raumgrößen z.T. wesentlich herabgesetzt wurden. Dieses Projekt erreicht an Ausdehnung nicht den Raumbedarf, der im Jahre 1939 vom Gesundheitsamt eingenommen wurde. Es ist unter gebührender Berücksichtigung der durch die Zeit gebotenen Sparsamkeit aufgestellt worden. Nach der Natur des Betriebes des Gesundheitsamtes ist aber eine weitere Einschränkung nicht mehr möglich, da es klar auf der Hand liegen dürfte, daß jedem Arzt für die Vornahme von Untersuchungen ein eigenes Zimmer zur Verfügung gestellt werden muß. Eine ordnungsgemäße Untersuchung der Kranken kann nicht stattfinden, wenn mehrere Ärzte auf ein Zimmer angewiesen sind.

Nachdem die Wiederherstellungsarbeiten an den zerstörten Pavillons der städt. Krankenanstalten nunmehr schon weiter fortgeschritten sind, wird es eine zunehmende Notwendigkeit, daß das Gesundheitsamt die von ihm innegehabten Räume aufgibt und anderweitig untergebracht wird, um diese Räume für den eigentlichen Zweck der Krankenunterbringung

143

Betrifft: Haus "Fürst Bismarck" in Malente.

Berichterstatter: Dezernent Kassmann

Mitberichterstatter: Stadtkämmerer Dr. Jeschke.

Antrag: Entscheidung darüber, ob das Haus als Erholungsheim für ehemalige politische Häftlinge gepachtet werden soll.

Ausgelegt: Gutachten der Schätzungsabteilung und des Stadtarztes Dr. Schuster.

Begründung:

Das Haus "Fürst Bismarck" in Malente ist ein Gebäude, in dem z.Zt. noch die Klinik von Dr. Rehr untergebracht ist. Es ist modern eingerichtet (Zentralheizung, fließendes Wasser in allen Zimmern, Gas, Waschküche mit selbsttätiger Waschmaschine, Heißmangel usw.) und befindet sich in einem sehr guten Zustand. Die Küchenanlage ist gut und entspricht allen hygienischen Anforderungen. Auch die sonstigen sanitären Verhältnisse einschließlich der Toilette und Waschanlage entsprechen allen Erfordernissen. Im ganzen Haus stehen nach Abzug der beiden Räume für das Besitzerehepaar und des Raumes für die Heimverwaltung 14 Fremdenzimmer zur Verfügung, die eine Bolung von mindestens 35 Pfléglingen zulassen. Ausserdem befindet sich im Erdgeschoß, ausgehend von dem gediegen ausgestatteten Restaurant, eine 62 qm große abgeschlossene Veranda mit Aussicht auf die Schwentine, wo sich die Pfléglinge bei schlechtem Wetter oder in der kalten Jahreszeit aufhalten können. Das Hauptgebäude selbst liegt unmittelbar an der Schwentine, hat eigenen Bootsanlegesteg und größere Liegewiesen am Wasser. Nach dem ausliegenden Gutachten der Schätzungsabteilung erscheint eine monatliche Pachtsumme von RM 1000,-- als ortsüblich und angemessen. Für die endgültige Festsetzung des Pachtpreises ist indessen der Herr Landrat als Preisbehörde in Eutin zuständig. Die augenblickliche Pacht, die von Herrn Dr. Rehr gezahlt wird, beträgt RM 1300,--.

Hinsichtlich der unbedingten Notwendigkeit, den bemitleidenswertesten Opfern des Nationalsozialismus, den langjährigen Insassen der Konzentrationslager, eine hinreichende Erholungsmöglichkeit zu gewähren, wird auf das ausgelegte medizinische Gutachten des Stadtarztes Dr. Schuster verwiesen.

Die nach Vorschlägen des Sozialamtes aufgestellte Bilanz der Kämmereiverwaltung (siehe Anlage) gleicht sich in Einnahme und Ausgabe aus, wobei der angesichts des tadellosen Zustandes der Inneneinrichtung ausgeworfene Betrag von RM 6500 für erste Einrichtung des Erholungshomes wohl mehr als Reservefonds zu werten ist. Die Personalkosten sind errechnet auf der Grundlage einer zweiköpfigen Heimverwaltung (je eine männliche und weibliche Kraft), einer Köchin mit 2 Küchenhilfen, 4 Hausmädchen und 1 Schwester. Alles in allem dürfte der veranschlagte Entwurf der Kämmerei die ungünstigsten Verhältnisse zugrunde gelegt haben. Es kann also wohl als richtig unterstellt werden, daß die Ausgaben auf keinen Fall übertreffen werden und in dieser Beziehung eine zusätzliche Belastung der Stadtfinanzen nicht eintreten wird. Es werden jedoch seitens der Kämmerei Bedenken hinsichtlich der ~~Zahlung~~ der Kosten für die Unterbringung der Pfléglinge erhoben, die in dem Voranschlagsentwurf als Einnahmen erscheinen +) die Einnahmen

Es wird darauf hingewiesen, daß die Pfléglinge keine Selbstzahler sind, sondern daß die Stadt diese Kosten zu tragen haben wird. Die Kämmerci macht insbesondere geltend, daß zwar für die ersten 9 Monate des laufenden Rechnungsjahres die Zahlung aus Mitteln der Sonderfürsorge für ehemalige KZ-Häftlinge erfolgen kann, daß aber eine darüber hinausgehende Zahlung aus diesen Mitteln z.Zt. nicht möglich ist, da nach der Anweisung der Militärregierung Mittel für die Sonderfürsorge nur für die Dauer von 9 Monaten in den Haushaltsplan für 1946 eingestellt werden dürfte. Daraus würde sich ergeben, daß dann die allgemeine Fürsorge eintreten müßte, sofern nicht Sondermittel herangezogen werden können. Die Ausgaben in der Sonderfürsorge für ehemalige KZ-Häftlinge werden voraussichtlich in Höhe von 85 % erstattet werden. Ob das gleiche zukünftig hinsichtlich der Erstattung der allgemeinen Fürsorgekosten der Fall sein wird, bleibt nach Ansicht der Kämmerci noch dahingestellt. Zusammenfassend kommt dann die Kämmerciverwaltung zu dem Schluß, daß der Abschluß eines Mietvertrages für die Dauer von 10 Jahren mit einem so erheblichen Risiko für die Stadt verbunden sei, daß er von Seiten der Kämmerci nicht befürwortet werden kann. Gegenüber diesem rein finanztechnischen und sich in negativer Richtung bewegendem Stadtpunkt müssen mehrere positive Hinweise hervorgehoben werden.

1. Die Betreuung und die Wiederherstellung der Gesundheit der ehemaligen KZ-Häftlinge sollte eine besondere Ehrenpflicht der Stadt Kiel darstellen, die aus finanziellen Erwägungen heraus nicht eingeschränkt werden sollte, ebensowenig wie man auf kulturellem Gebiet die Zuschüsse zum Theaterhaushalt verweigert.
2. Wenn eine 8-10-jährige Dauer des Pachtvertrages für zu hoch erachtet wird, könnte in Anbetracht der besonderen familiären Verhältnisse des Besitzers in den Pachtvertrag ohne Schwierigkeit und ohne Einwendung des Besitzers eine Klausel des Inhalts eingebaut werden, wonach einseitig der Stadt ein Rücktrittsrecht vom Pachtvertrag vor Ablauf deselben auf der Grundlage einer halbjährigen Kündigung zusteht.
3. Da heute die ehemaligen KZ-Häftlinge zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit in Heimen untergebracht werden müssen, die nicht der Verwaltung der Stadt Kiel unterstehen, erscheinen die dafür aufgewandten Kosten als Einnahmeposten einer fremden Verwaltung wo hingegen bei Mietung des Erholungsheimes doch die hohe Wahrscheinlichkeit besteht, daß abgesehen von der Unterbringung Kieler Personals in diesem Heim sich Überschüsse ergeben, sodaß praktisch gesehen die Stadt finanziell bei einer Pachtung des Heimes doch besser davon käme.
4. Wann auch zunächst das Heim als Erholungsheim für ehemalige KZ-Häftlinge gedacht ist, so steht andererseits nichts im Wege, dieses Heim späterhin und um die Mindestzahl seiner Belegung zu jeder Zeit zu gewährleisten auch anderen Erholungsbedürftigen zugänglich zu machen.
5. Um eine noch größere Rentabilität des eigenen Heimbetriebes zu erzielen und einen Teil der Einnahmen als wirkliche Einnahmen zu verbuchen, könnte nach Ablauf einer gewissen Zeit, die hinreichend wäre, um zunächst einmal denjenigen ehemaligen KZ-Häftlingen zu helfen, die einer Erholungszeit in diesem Heim besonders bedürftig sind, ein Teil der im Heim verfügbaren Plätze Erholungsbedürftigen, die von fremden Gemeindeverwaltungen betreut werden und vielleicht auch Selbstzahlern reserviert bleiben.

Der früheste Pachttermin würde der 1. Oktober 1946 sein, da nach neuerer Information erst dann die Klinik das Haus geräumt haben würde.

K a s s m a n n .

Haushaltsstelle		Haus- halts- plan 1946	Haus- halts- plan einschl. Nachtrag 1945	Rech- nung 1944	Erläuterungen
Nr.	Namentliche Bezeichnung	RM	RM	RM	
<u>Einnahmen:</u>					
22	Tarifgebundene Einnahmen, Arbeits- und Nutzungsent- gelte	76.320			
<u>Ausgaben:</u>					
6021	Vergütungen für nicht plan- mäßige Angestellte	6.000			
605	Löhne für Arbeiter und Haus- angestellte	7.200			
613	Versicherungs- und sonstige Versorgungsbeiträge	1.930			
630	Bücher, Zeitungen, Zeitschrif- ten	300			
631	Fernsprech- und sonstige Postgebühren	600			
632	Wäsche	2.000			
633	Ärztliche Betreuung, Heil- mittel	1.500			
634	Beköstigung	31.790			
640	Miete	12.000			
641	Heizstoffe, Beleuchtung, Rei- nigung, Wasser.	5.000			
73	Reise- und Fahrkosten	300			
77	Vermischte Ausgaben	300			
800	Unterhaltung einschl. Ergän- zung des Inventars	500			
801	Unterhaltung der gärtneri- schen Anlagen	300			
81	Sachversicherungen	100			
901	Für erste Einrichtung des Erholungsheims	6.500			
		<u>76.320</u>			
Gesamtausgaben		76.320 RM			
Gesamteinnahmen		<u>76.320 RM</u>			
gleichet sich aus		./.			

Haushaltsunterabschnitt 5211 Erholungsheim "Fürst Bismark" in Malente.

Begründungen:

Haushaltsstelle

Einnahmen:

22 Bei einer Belegungsziffer von 40 Personen kann im Höchstfall mit einer Durchschnittsbelegung von 30 Personen täglich gerechnet werden. Der Einnahmeansatz wird bei einem Verpflegungssatz von 6,50 RM täglich errechnet mit $30 \cdot 365 \cdot 6,50 = 71.175 \text{ RM}$

Hierzu der Wert der freien Station für das Hauspersonal - Verpflegungskosten täglich 1,21 RM, sonstige Kosten täglich 0,20 RM = 1,41 RM
~~täglich = 10 - 365 - 1,41 =~~ 5.145 RM = 76.320 RM

~~Für die Verpflegung~~ des Personals ist der Satz in Ansatz gebracht, den die städtische Krankenanstalt für 1946 angesetzt hat.

Ausgaben:

6021	Nach Vorschlag des Sozialamts, Heimverwaltung		
	1 männliche Kraft	3.600 RM	
	1 weibliche Kraft	<u>2.400 RM</u>	6.000 RM
605	Nach Vorschlag des Sozialamts.		
	1 Köchin	1.800 RM	
	2 Küchenhilfen	1.200 RM	
	1 Schwester	1.800 RM	
	4 Hausmädchen	<u>2.400 RM</u>	7.200 RM
13	Der Ansatz ist errechnet in Höhe von 10,5 % der Ausgaben für Vergütungen und Löhne einschl. des Wertes der freien Wohnung und Verpflegung		1.930 RM.
633	Der Ansatz ist wie folgt errechnet		
	a) für Pfléglinge 10950 Verpflegungstage		
	a 250 RM =	27.375 RM	
	b) für das Hauspersonal 3650 Verpflegungstage a1,21 RM =	<u>4.415 RM</u>	31.790 RM.
641	Veranschlagt werden		
	Heizungskosten =	2.000 RM	
	Kosten für Stromverbrauch und Wasser	1.800 RM	
	Reinigung der Wäsche usw.	<u>1.200 RM</u>	5.000 RM.

Betrifft: Um- und Neubesetzungen von Ausschüssen.

Berichterstatter: Oberbürgermeister.

Antrag: Zustimmung zu den nachstehend ab Ziffer 2 gemachten Vorschlägen.

Kämmerei:

Oberbürgermeister Koch, Bürgermeister Gayk,
Stadträte Dr. Deussen, Schlarbaum,
Wittmaack, Dr. Lindemuth, Karge,
Schwartz, Nickelsen, Ratz,
Behnke, Ratsherren Kossack,
Breitenstein, Diekmann, Preßler,
Prof. Dr. Becker.

Ziffer 1: Finanzausschuß.

Der Kämmereiausschuß ist lt. Beschluß der Stadtvertretung vom 17.4.46 im Finanzausschuß umbenannt worden.

Neu: Ratsherr Breitenstein als ständiger Vertreter des Oberbürgermeisters.

Ziffer 2b: Fachauschuß für Berufsschule.

Ausgeschieden: Tapeziermeister Heinrich Reimers.

Neu: Kaufmann Claus Theede, Tirpitzstraße 70.

Ziffer 3: Ausschuß für Gesundheitswesen.

Ausgeschieden: Ernst Rahm, Gutenbergstraße 12.

Neu: Johann Scharffenberg, Petersburger Weg 10.

Ziffer 4a: Fachauschuß für Zulassung von Pforden und Zuteilung von Futtermitteln.

Neu: Hermann Holdmann, Prüne 22/26,

Hans Lüneburg, Königsweg 16.

Ziffer 4d: Registrierungsausschuß für nicht landwirtschaftliche Pferde, einzurichten auf Anordnung des Regional-Food-Office.

Neu: Ratsherr Einfeldt, Bielenbergstr. 27,

Bauer Karl Mordhorst, Hof Petersburg,

Georg Møller, Schauenburger-Straße 14,

Marios Tofte, Langenbeckstraße 55,

Landwirt Jürs, Schaßstraße 21,

Hermann Holdmann, Prüne 22/26,

Hans Lüneburg, Königsweg 16.

Ziffer 6 dd: Kleingartenbeirat.

Neu: Ratsherr Kowalewski, Frort, Gorch-Fock-Str. 20

" Schweim, Wilhelmhavener Straße 6,

Stadtrat Schlarbaum, Niemansweg 103,

bürgl. Mitglieder: Duggen, Obstbauinspektor,

Kronshagener Weg, Obstbaulehranstalt,

Adolf Horn, Hasseldieksdammer Weg 4,

Dr. Seehusen, Reg. Kulturrat, Dänische Str. 19,

Felgenhauer, Lager Kollhorst, Hasseldieksdammer,

Willi Jacobs, Nissen-Straße 3,

Direktor Meyer, Tirpitzstraße 94,

Wilhelm Hillbert, Peter Hansson-Straße 101.

Ziffer 10:

Ziffer 10: Einspruchskommission des Wohnungsamtes für Donnerstag.
Ausgeschieden: Tapeziermeister Heinrich Reimers.
Neu: Kaufmann Herbert Sartori, Schwedendamm 11.
Entnazifizierungs-Gremium.

Ausgeschieden: Ratsherr Walter Breitenstein.

Neu: Ratsherr Dr. Max Emcke.

Ziffer E 2: Entnazifizierungs-Ausschuß "Industrie" einschl. Selbstverwaltungsorgane.

Ausgeschieden: Elektromeister Hermann Sager.

Neu: Kaufmann Claus Theede, Tirpitzstr. 3e 70.

Ziffer E 3: Ausschuß zur Entnazifizierung der gewerbl. Wirtschaft.

Ausgeschieden: Ratsherr Karl Ratz.

Neu: Ratsherr Ernst Proy, Hohenstaufenring 24.

gez. Koch.

Die Stadtvertretung beschließt:

Zur Bekämpfung der Scheinarbeitsverhältnisse und des ungerechtfertigten Bezuges von Lebensmittelkarten werden aus den Kreisen der Bürgerschaft (Parteien, Gewerkschaften, Betriebsräte) Beiräte zur Mitwirkung bei der Lebensmittelkarten-Ausgabe eingesetzt. Mit der Durchführung wird die Stadtverwaltung im Zusammenwirken mit dem von der Stadtvertretung eingesetzten Ausschuß für Arbeitseinsatz beauftragt.

Antrag der SPD.-Fraktion.

Die Stadtvertretung beauftragt ihre Vorsitzenden, mit der britischen Militärregierung darüber zu verhandeln, daß die in Haft genommenen und die in Lagern befindlichen aktiven Nationalsozialisten in geschlossenen Kolonnen zum Räumungseinsatz in Kiel herangezogen werden.

Niederschrift

Über die Sitzung der Stadtvertretung am Mittwoch, den
15. Mai 1946, 15 Uhr, im Ratssaal des Rathauses.

Anwesend: Oberbürgermeister Koch,
Bürgermeister Gayk,
die Ratsherren Behnke, Bock, Brede, Breitenstein,
Bumester, Dickmann, Dr. Deussen, Dobrats, Engel, Ehrig,
Gottschalk, Hasfeldt, Jung, Karge, Kintsinger, Kletscher,
Kowalewski, Kossack, Krautwurst, Dr. Lindemuth, Dr. Nielsen,
Nickelsen, Neubauer, Oertel, Frey, Freßler, Rats, Rosenthal,
Schwein, Stoffers, Schatz, Schmidt, Schröder, Stede,
Wittmack.

Entschuldigt fehlt: Ratsherr Schlarbaum.

Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung um 15¹⁵ Uhr. Er begrüßt zunächst den Vertreter des Herrn Militär-Gouverneurs, Herrn Captain G o w i e und Herrn Kommandanten B u s s e r i e. Er teilt dann mit, daß der bisherige Vertreter des Gouverneurs, Major H a r r i s o n, Kiel verlassen hat, da er aus dem aktiven Dienst ausscheidet. Oberbürgermeister hat sich am 9. Mai 1946 offiziell von Major Harrison verabschiedet und die Gelegenheit benützt, ihn im Namen der Stadtvertretung den Dank für die stets gute Zusammenarbeit und die Förderung der Interessen der Stadt Kiel auszusprechen. Major Harrison hat den Oberbürgermeister gebeten, der Stadtvertretung seine besten Wünsche zu übermitteln.

Nach diesen Ausführungen weist der Oberbürgermeister darauf hin, daß das Protokoll der letzten Sitzung im Ratssaal zur Einsicht ausgelegt hat. Einwendungen gegen das Protokoll sind nicht erhoben worden. Er stellt fest, daß auch von den Anwesenden Einwendungen nicht gemacht werden und daß damit das Protokoll bestätigt ist. Oberbürgermeister stellt weiterhin fest, daß gegen die Tagesordnung Einwendungen nicht gemacht werden.

Oberbürgermeister betont, daß die Stadtvertretung sich kürzlich mit den Bedingungen für Mitzung und Aufbau in Kiel befaßt hat. Diese Arbeiten sind nur ein erster Teil dessen, was nötig ist, um aus unserer Stadt wieder ein lebensvolles Gemeinwesen zu machen. Grundlage hierfür bildet eine Wirtschaft, die Ertragnisse liefert, die nötig sind zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben. Herr Bürgermeister S a y k, in dessen Arbeitsgebiet die Planung des wirtschaftlichen Aufbaues fällt, wird über Wirtschaftszusammenbruch und wirt-

schaftsaufbau

schaftsaufbau referieren. Oberbürgermeister erteilt Bürgermeister
G. a. 7 K. das Wort.

Lassen Sie mich zunächst meine große Freude darüber zum Ausdruck bringen, daß mein Appell an die Bürgerschaft, bei der Räumung und beim Aufbau Kiels tätig mitzuwirken, ein so lebhaftes Echo gefunden hat. Aus allen Kreisen der Bevölkerung, sogar aus den Kreisen nomineller Nationalsozialisten, sind zustimmende Auserwählungen eingegangen. Diese Räumung unserer Stadt, über deren Umfang und Bedeutung ich in der vorigen Sitzung gesprochen habe, ist die erste und dringende Aufgabe, die uns gestellt ist. Sie ist noch kein echter Aufbau. Sie ist der notwendige erste Schritt für einen grundlegenden Neubau der Kieler Wirtschaft. Über diesen Wirtschaftsaufbau, seine Voraussetzungen und seine Zielsetzungen möchte ich heute zu Ihnen sprechen.

Die Frage, die heute aus allen Bevölkerungsschichten an uns gerichtet wird, lautet: Wovon soll Kiel, wovon seine Bevölkerung in Zukunft leben? Wir, die Vertreter der Bürgerschaft, müssen den Mut haben, diese Frage offen und aufrichtig zu beantworten.

Die erste Tatsache, die jeder Bürger unserer Stadt erkennen ist die enge Verbundenheit unserer Wirtschaft mit der Wirtschaft der Nation. Es gibt keine wirtschaftliche Zukunft Kiels ohne eine wirtschaftliche Gesundheit des Reiches, d.h. ohne die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit. Die Konsequenzen dieses Erkenntnis sollen uns an dieser Stelle, wo von besonderen lokalen Schwierigkeiten die Rede sein soll, nicht beschäftigen, aber es muß doch gesagt werden: es gibt keine vernünftige Politik für den wirtschaftlichen Aufbau Kiels ohne die Einsicht, daß das Schicksal unserer Stadt unlösbar mit dem Schicksal des deutschen Volkes verkettet ist. Kiels Schicksal wurde und wird von der Reichspolitik bestimmt.

Das lehrt uns deutlich ein kurzer Blick in die Vergangenheit. In der Entwicklung Kiels spiegelt sich Aufstieg und Zusammenbruch des Deutschen Reiches. Kiels wirtschaftliche Entwicklung vollzog sich teils in der Sonne, teils im Schatten der deutschen Rüstungspolitik. Die guten Jahre begannen, als Kiel 1864 Preußens Flottenstation, 1867 Kriegshafen des Norddeutschen Bundes, und schließlich 1871 Reichskriegshafen wurde. Am Hafen zwar schon im Jahre 1838 aus einem natürlichen Bedürfnis heraus in Gestalt der Howaldtswerke die erste Kieler Werft entstanden. Eine wirklichen Aufstieg aber nahm die Werftindustrie erst mit der Gründung der Ausgangsfirma für die Germaniawerft im Jahre 1863 und mit dem Baubeginn der Reichswerft im Jahre 1867/68. Mit dieser Entscheidung wurde eine sprunghafte Entwicklung Kiels eingeleitet, ein wirtschaftlicher Aufstieg, der etwa dem Aufschwung der Stadt Duisburg entsprach, der Stadt am Rhein und Ruhr mit dem größten Binnenhafen Europas. Von 1885 bis 1900 und von 1900 bis 1910, also innerhalb von 25 Jahren, hat Kiel seine Einwohnerzahl zweimal verdoppeln können. Die letzte Rüstungsperiode hat bis zum Höhepunkt des Krieges abermals 80.000 Menschen nach Kiel gezogen, sodaß die Einwohnerzahl zum ersten Male 300000 erreichte.

Heute sind die Betriebe, in denen alle diese Menschen Arbeit und Verdienst fanden, zerschlagen. Was, meine Damen und Herren, ist Kiels wirtschaftlicher Entwicklung zum Verhängnis geworden? Wo liegen die Ursachen für seinen tiefen Fall? Sie liegen in der Tatsache, daß Kiels Hafen wegen seiner ganz besonderen natürlichen Vorzüge zum Reichskriegshafen ausersehen wurde. Die Fieberkurve der deutschen Machtpolitik ist deshalb deutlich am Barometer der Kieler Wirtschaft abzulesen. Immer wieder wurde der Kieler

Die Voraussetzungen für den Aufbau einer solchen Friedenswirtschaft sind gegeben. Es ist nicht nötig kostspielige Hafenanlagen neu aufzubauen, für deren Ausführung es zu geben an Material...

Hafen seiner natürlichen Bestimmung, der beste Handels- und Umschlagshafen an der Ostsee zu sein, entzogen. Immer wieder war es die Marine, immer wieder waren es Eingriffe des Reiches und seiner Organe, die den Aufbau eines modernen Handelshafens, für den Kiel alle Voraussetzungen bietet, verhinderten. Der kleine Binnenhafen an der Hönk konnte den Anforderungen eines solchen Handelshafens nie genügen. Mindestens bei der Inbetriebnahme des Nord-Ostsee-Kanals hätte Kiel einen leistungsfähigen Umschlagshafen bekommen müssen. Es gab je in jenen Jahren das Projekt eines Umschlagshafens an der Kanalmündung. 1890 erhielt es nur unter bestimmten Bedingungen die Zustimmung des Stationschefs der Marine. Die Stadtväter konnten sich für die Durchführung dieses Projektes nicht entscheiden. Als sie um die Jahrhundertwende an seine Ausführung gehen wollten, wurde der Bau des Hafens von der Marineleitung abgelehnt, weil die Kriegsmarine in der Wik Marineanlagen geplant hatte. Schon vor dem ersten Weltkrieg zeigten sich die Nachteile dieser aufgezwungenen einseitigen Entwicklung. Aus dem ständig steigenden Verkehr des Nord-Ostsee-Kanals, der an die Leistungen des Panama- und des Suezkanals heranreichte, hatte Kiel keinen Nutzen ziehen können. Kiel wurde nicht, was nahe gelegen hätte, der Hauptumschlagplatz zwischen Übersee und den Ostseegebieten. Der Güterverkehr suchte andere Wege. Hamburgs Güterverkehr stieg in den Jahren von 1900 bis 1913 um 81 %, Lübeckes um 80 %, Flensburgs um 27 %, Kiels Güterverkehr aber ging in diesem gleichen Zeitraum um 10 % zurück.

Auf Grund dieser Erfahrungen hat die Stadt Kiel nach dem ersten Weltkriege alle Anstrengungen gemacht, die Kieler Hafenanlagen umzubauen und der Kieler Wirtschaft eine stabilere Grundlage zu geben. Im Kanal wurde der Nordhafen gebaut, der bald die Hälfte des gesamten Güterverkehrs aufnahm. Auf dem ehemaligen Kohlenhof der Marine, an der Südseite der Kanaleinfahrt, wurde ein Frähafen geschaffen. In Voßbrook wurde mit dem Bau eines neuen Hafens begonnen, der den Frähafen aufnehmen sollte. Alle diese Bemühungen waren nicht ohne Erfolg, wenn es auch schwer war, sich gegen die alten eingeführten Handelshäfen durchzusetzen.

Im Jahre 1933 wurde diese hoffnungsvolle Entwicklung jäh durch eine neue Periode der Aufrüstung unterbrochen. Der im Bau begriffene Voßbrooker Hafen wurde 1935 von der Luftwaffe übernommen. Das Freihafengebiet nahm die Marine wieder für sich in Anspruch. Im Treibhaus einer wilden nationalsozialistischen Rüstungspolitik schoß die Wirtschaft Kiels zu einer geilen Scheinblüte empor. Die Möglichkeiten eines friedlichen Handelsverkehrs aber wurden abermals zurückgedrängt und abgeschnitten. Obgleich die Kieler Rüstungsindustrie einen erheblichen Teil ihres Gütereingangs im Schiffverkehr aufnahm, war dieser Schiffverkehr im Durchschnitt der Jahre 1936/37 nicht höher als 1930/32. In Stettin aber stieg er in derselben Zeit um 84, in Lübeck sogar um 100 %.

Die zweite Tatsache, die deshalb jeder Kieler Bürger begreifen mußte, ist diese: es gibt keine gesunde krisenfeste Wirtschaft in Kiel ohne eine radikale Abkehr von jeder Rüstungspolitik. Es gibt keine gesunde, krisenfeste Wirtschaft ohne ein Bekenntnis zu einer echten Friedenswirtschaft. Diese Friedenswirtschaft wollen wir, die wir in diesen schweren Zeiten die Verantwortung für das Schicksal der Stadt übernommen haben, Schritt für Schritt aber zielbewußt aufbauen. Und wir haben das feste Vertrauen, daß die Bürgerschaft Kiels uns auf diesem Wege folgen wird.

Die

123

Die Voraussetzungen für den Aufbau einer solchen Friedenswirtschaft sind gegeben. Es ist nicht nötig kostspielige Hafenanlagen neu aufzubauen, für deren Ausführung es außerdem an Material und an Geld fehlen würde. Wir haben den Scheer-Hafen, (den ehemaligen Freihafen) wir haben das Hafenbecken der deutschen Werke und des Marine-Arsenals. Um das Ziel zu erreichen, das uns vorschwebt, und das auch das Ziel einer weitsichtigen Politik der Besatzungsmächte sein müßte, bedürfte es lediglich der Freigabe dieser Werft- und Hafenanlagen für die Zwecke der Friedenswirtschaft. Die Absicht der Militärregierung den Wiederaufbau einer deutschen Rüstungsindustrie zu verhindern, braucht dadurch in keiner Weise beeinträchtigt zu werden. Die Stadtvertretung denkt nicht daran, den Leidensweg Kiels zum dritten Male von vorne zu beginnen. Aber sie ist auch der Meinung, daß der Friede nicht mit den Methoden des kollektiven Wahnsinns aufgebaut werden kann, die den Krieg beherrschten. Die menschliche Phantasie, der es gelungen ist, sogar die Atomkraft in den Dienst der Zerstörung zu stellen, diese menschliche Phantasie sollte auch schöpferisch genug sein, die Werte, die in den Werften und Hafenanlagen stecken, friedlichen, aufbauenden Zwecken dienstbar zu machen.

Die Militärregierung beschäftigt sich neuerlich mit dem Plan, die industriellen Betriebe Kiels zu konzentrieren und die Erzeugung auf wenige leistungsfähige Betriebe zusammen zu legen, damit Kohlen und Rohstoffe gespart und vor allen Dingen Arbeitskräfte für wichtige Arbeiten frei gemacht werden. Für derartige Pläne haben wir volles Verständnis. In unserer katastrophalen wirtschaftlichen Lage ist es selbstverständlich richtig, zunächst einmal den Bergbau, die Landwirtschaft, das Baugewerbe und die Textilindustrie zu versorgen, weil wir Brennstoffe, Nahrungsmittel, Arbeitsstätten und Wohnungen dringender gebrauchen als Aschenbecker, Broschen, Lauchter, schlechte Bilder und wertloses Spielzeug. Wir werden deshalb schon in eigenem Interesse alle Bemühungen, Arbeitskräfte an lebensnotwendige Arbeiten zu bringen, unterstützen müssen. Auf zwei Dinge legen wir allerdings allergrößten Wert:

1. Daß die Werkstätten, die auf diese Weise gewonnen werden, der Stadt für die Einweisung neuer Friedensindustrien überlassen werden;
2. Daß bei dieser Konzentration nicht die Ansätze zu einer neuen Friedensindustrie und zu neuen Produktionsplänen gestört werden, die in einigen Kieler Betrieben bereits hoffnungsvoll anlaufen.

Was würde, unter diesen Voraussetzungen, das wahrscheinliche Ergebnis einer solchen Konzentration der Betriebe sein? Zahlreiche Kieler Betriebe sind wie Sie wissen, durch den Bombenkrieg stillgelegt. Ein weiterer, nicht unerheblicher Teil, wurde durch die Stilllegungen der Rüstungsindustrie ausgeschaltet. Das Ausmaß dieser Stilllegungen läßt sich zahlenmäßig leider nur ungefähr angeben. Auf den Werften sind noch etwa 15 % der früheren Belegschaften tätig. Mit eigentlicher Werftarbeit sind nur noch die Howaldtswerke beschäftigt. Da der Bau großer Schiffe Deutschland verboten ist, so werden die Deutschen Werke und die Germaniawerft zwangsmäßig als Werften ausscheiden. Die Erhaltung einer leistungsfähigen Reparaturwerft im Kieler Hafen aber sollte angesichts seiner Lage am Ausgang des Nord-Ostsee-Kanals selbstverständlich sein. Der Tonnage nach stand der Nord-Ostsee-Kanal vor dem Kriege ungefähr im gleichen Rang mit dem Panama- und Suez-Kanal. Der Zahl der Schiffe nach überragt er diese beiden Kanäle von internationalem Ruf sogar um das 9- bis 10-fache. Am Ende einer Wasserstraße, durch die jährlich 50.000 Schiffe fahren, und an der sich in normalen Zeiten jährlich etwa 80 Schiffskollisionen ereignen, muß es eine leistungsfähige Reparaturwerft geben. Die Howaldtswerke müßten also gebaut, um nicht zu sagen erfunden werden, wenn sie nicht schon da wären. Vor 1939 haben die Kieler Werften jährlich Reparaturen im Werte von 15. Millionen RM ausgeführt.

125

arbeitsfähige Menschen haben unsere Stadt verlassen. Zehntausende nicht arbeitsfähiger sind an ihre Stelle getreten.

Aus dieser Tatsache läßt sich nur der eine Schluß ziehen: wer arbeiten kann und nicht arbeiten will, der hat in Kiel nichts zu suchen. Es gibt nicht nur ein Recht auf Arbeit, das zu verwirklichen unsere größte Sorge sein wird, es gibt auch eine Pflicht zur Arbeit, die sich in den Worten ausdrückt: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Wir in Kiel werden jedenfalls unser Augenmerk darauf richten müssen, jede vorhandene Arbeitskraft für den Neubau unserer Wirtschaft nutzbar zu machen. Das gilt für Einheimische wie für Zugewanderte. So, wie jeder Einheimische die Pflicht hat, beim Aufbau seiner Heimatstadt selbst mit Hand anzulegen, so muß auch jeder Zugewanderte einsehen, daß Flüchtling sein kein Beruf ist, und daß alles darauf ankommt, die heimatlosen, in der Welt umhergestoßenen Menschen seßhaft zu machen und ihnen krisenfeste Arbeit zu geben. Dabei muß in weit höherem Maße als bisher auch an geeignete Beschäftigungen für Frauen gedacht werden.

Ich erkläre an dieser Stelle ausdrücklich: die Möglichkeiten, neue Arbeitsstätten in der Form echter Friedensarbeit zu schaffen, bestehen heute in Kiel schon! Ein Projekt, das als erstes in Kiel verwirklicht werden dürfte, ist die Entwicklung einer Hochseefischerei in Kiel. Die Militär-Regierung hat 100 Fischkutter zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt. Diese Fischkutter werden z. Zt. auf den Werften instandgesetzt. Im Laufe dieses Monats sollen die ersten Fischkutter einsatzbereit sein. Welche Bedeutung dieser Hochseefischerei und der Entwicklung einer Fischverwertungs-Industrie zukommt, brauche ich Ihnen angesichts der katastrophalen Ernährungslage nicht zu sagen. Für die Hochseefischerei wie für die Fischverwertungsindustrie ist das Kieler Hafengelände aufs Beste geeignet.

Aber mit diesem Projekt sind die Aufgaben einer positiven Wirtschaftsförderung und Wirtschaftsplanung selbstverständlich nicht erschöpft. Es gibt zahlreiche andere Gewerbszweige, die in Kiel angesiedelt werden können. Das zeigt ein Blick auf den Anteil der wichtigsten Güter im Seeverkehr. Der Tonnage nach ist Kiels Gütereinfuhr weit größer als die Ausfuhr, weil wir eine Stadt mit verarbeitender Industrie sind. Eingeführt werden vor allem Kohlen, Roh- und Halbfabrikate und Baumaterial, während bei Getreide und anderen Nahrungsmitteln der Einfuhr immerhin eine erhebliche Ausfuhr gegenübersteht. Güterumschlag, Verarbeitung und Wiederausfuhr, die auf diesem Gebiet der Nahrungsmittelversorgung festzustellen sind, können in Kiel sehr gut ausgebaut werden. Wir werden in Zukunft in weit größerem Umfange auf eine Getreideausfuhr angewiesen sein. Die Ansiedlung von Betrieben der Nahrungsmittelindustrie, die eingeführtes Getreide verarbeiten oder Gemüse verwerten, das in größerem Umfange als bisher in unserer Provinz angebaut werden müßte, ist darum anzustreben. Auch dafür liegen bereits konkrete Vorschläge vor.

Ebenso dringend ist das Bedürfnis nach einer Baustoffindustrie, die unter Verwertung der Trümmer neue Baustoffe herstellt, und damit erst die Voraussetzungen für den neuen Aufbau unserer Werkstätten und unserer Wohnungen schafft. Voraussetzung für diesen Aufbau wäre allerdings eine ständige Materialzuteilung. Es geht nicht an, daß das Landesarbeitsamt mit großer Mühe auswärtige Bauarbeiter nach Kiel holt und das ausgerechnet in diesem Augenblick die ganze Materialzuteilung stockt, nur weil die Militär-Regierung eine der berüchtigten Sonderverwaltungen für dieses Arbeitsgebiet geschaffen hat, dessen Geburtswehen den ruhigen Fortgang der Arbeit stören. Die Anordnung der Militär-Regierung, daß aus der englischen Zone 325000 Festmeter Rundholz, 425000 Festmeter Grubenholz und 535000 cbm Schnittholz abgeliefert werden sollen, wäre bei einem normalen Holzeinschlag in Friedenszeiten nicht ungewöhnlich. In einer Zeit, wo uns das Holz für Dachsparren, Fenster, Türen und Fußböden fehlt, bedeutet eine solche Anordnung allerdings eine wesentliche Erschwerung unserer Bemühungen um die Instandsetzung der beschädigten Häuser und die Durchführung des Notstandsprogramms.

Daß es auch für mehrere Zweige der Eisen- und Metallverarbeitung und für den Maschinen- und Fahrzeugbau in Kiel Arbeitsmöglichkeiten geben wird, ist bei der beruflichen Struktur der Kieler Bevölkerung selbstverständlich. Die Betriebe der

Elektrotechnik und der Feinmechanik werden durch neue Aufträge für die Erzeugung von Friedensgütern wieder voll in Betrieb gesetzt werden können. Aufträge dieser Art liegen bereits vor. Ebenso müssen Betriebe der Versorgungsindustrie in ihren Bemühungen, in Kiel Fuß zu fassen, von uns nach Kräften unterstützt werden.

Wir sind uns darüber klar, daß eine solche Umstellung der Kieler Wirtschaft wesentliche Veränderungen in der beruflichen Struktur der Kieler Bevölkerung nach sich ziehen wird. Die einseitige Betonung der Metallindustrie mit 3/5 aller in der Industrie Beschäftigten wird in Zukunft nicht mehr zu halten sein. Kiels Wirtschaft wird vielseitiger und damit auch krisenfester werden müssen. Wir brauchen die Wirtschaft unserer Stadt in dieser Beziehung nur mit anderen Städten zu vergleichen, um die einseitige berufliche Zusammensetzung der Kieler Bevölkerung zu erkennen. Neumünster hat eine vielseitige Industrie, einen normalen Anteil der Beschäftigten in Handel und Verkehr. Es konnte daher schnell wieder eine lebhafte Wirtschaftstätigkeit entwickeln, so daß diese Stadt heute in der Beschäftigung in der britischen Zone an erster Stelle steht. Eine ähnliche Struktur hat Lübeck, wenn auch in einer anderen Zusammensetzung der Industrie. In Hamburg ist der Anteil der Beschäftigten in Handel und Verkehr ebenso hoch wie in der Industrie, ein Verhältnis, das aus einer unveränderten Stellung als Tor zur Welt zu erklären ist. Kiel dagegen hat den niedrigste Anteil in der Gruppe Handel und Verkehr. 1/3 aller Beschäftigten kam auf die öffentlichen Dienste und Privatdienstleistungen einschließlich Wehrmacht, während auf diese Gruppe in Neumünster, Lübeck und Hamburg nur 12-15 % entfiel. Die Zahl der Beamten und Angestellten betrug in Kiel 38 %, in Lübeck 28 %, in Neumünster 24 % aller Erwerbstätigen. Dieses Verhältnis wird sich durch den Wegfall der Wehrmacht in Kiel zweifellos ändern. Vor allem in den Jahren des Aufbaus wird der Anteil der Handarbeit wesentlich verstärkt werden müssen. Damit sollte gerechterweise auch eine Wertverschiebung zugunsten der Handarbeit parallel gehen. Schon vor dem Zusammenbruch war die Spanne zwischen dem Einkommen des Hand- und des Kopfarbeiter viel zu groß. Eine gerechte Arbeitsplanung mußte sich deshalb das Ziel stecken, die soziale Stellung jener Berufe, die die Grundlage für unseren Wirtschaftsaufbau bilden (ich denke an Bergleute, Bau- und Bauhilfsarbeiter u.a.) durch eine entsprechende Wohn- und Sozialpolitik zu verbessern und den kommenden allgemeinen Lastenausgleich dazu benutzen, die Arbeitsverdienste der Hand- und Kopfarbeiter einander wesentlich anzunähern.

Kiels Neuaufbau muß selbstverständlich in engstem Zusammenhang stehen mit der Wirtschaftsplanung in der Provinz. Kiel hat von allen Städten Schleswig-Holsteins am meisten gelitten und bedarf deshalb in mancher Hinsicht einer ausgleichenden Unterstützung. So wenig man Kiel dafür verantwortlich machen kann, daß die Rüstungspolitik des Reiches eine ausgeglichene Entwicklung der Kieler Wirtschaft verhinderte, so wenig hat die Bevölkerung Kiels die Zerstörung ihrer Stadt zu verantworten. Durch eigene harte Arbeit wollen wir uns die Unterstützung der Provinz verdienen. Anstelle eines unlauteren Konkurrenzkampfes, dessen erste Anzeichen wir bereits bemerkt haben, wollen wir uns zu einer gemeinsamen Landesplanung im Rahmen der Provinz Schleswig-Holstein bekennen. Wir wissen, daß jedes große Werk mit einer leidenschaftlichen Anstrengung im eigenen Hause beginnen muß, und daß es nur Gestalt gewinnt in der Zusammenarbeit und Einordnung in die größere Gemeinschaft. Darunter verstehen wir eine Zusammenarbeit mit der Provinz, hoffentlich aber auch bald mit einer zentralen deutschen Wirtschaftseinheit und über sie mit den anderen Ländern Europas. Als Hafen- und Universitätsstadt, als Sitz des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr bietet Kiel die besten wirtschaftlichen und geistigen Voraussetzungen für einen solchen Neuaufbau.

Die Aufgaben, die uns gestellt werden, sind groß und außergewöhnlich. Ebenso groß, ja noch größer müssen die Anstrengungen sein, die wir machen, um sie zu lösen. Ich wiederhole, was ich schon einmal gesagt habe: wenn dem Wahnsinn der Zerstörung endlich Halt geboten wird, wenn alle vorhandenen Arbeitskräfte und alle Werte eingesetzt werden, um langsam zwar, aber zielbewußt eine neue Friedenswirtschaft aufzubauen,

127

dann ist Kiels Lage nicht hoffnungslos, dann wird es uns auch gelingen, allen denen, die morgen keine Existenz mehr haben werden, wieder Arbeit und Brot zu sichern. Geschähe das nicht, sollte die Militärregierung es vorziehen, auch noch die letzten Produktions- und Hafenanlagen zu zerstören, nur weil sie einmal Rüstungszwecken gedient haben, so erkläre ich in vollem Bewusstsein meiner Verantwortung, daß ich und meine Freunde die Verantwortung, für eine solche Politik ablehnen, und ich glaube, daß die ganze Stadtvertretung in diesem Punkt mit mir einer Meinung sein wird! Eine solche Politik würde zwangsläufig zur Wirtschaftskatastrophe, zur Dauerarbeitslosigkeit zu Hunger- und Verzweiflungsausbrüchen führen. Hunger aber bedeutet Faschismus! Das Ziel unserer Politik aber sollte sein: ein freiheitliebendes, demokratisches und friedliebendes Deutschland innerhalb der europäischen Völkergemeinschaft! Ein solches Deutschland ist, wie Dr. Schumacher auf dem Sozialdemokratischen Parteitag sehr treffend sagte, eine größere und wertvollere Reparation als alle Maschinen, alle Werftanlagen auf deutschem Boden zusammengenommen.

Die Stadtvertretung ist bereit, die Garantie dafür zu übernehmen, daß nur echte Friedensindustrien auf dem Gelände angesiedelt werden, das bisher Rüstungsbetrieben gehörte. Die Stunde ist da, um mit einer großzügigen Politik gegenseitigen Vertrauens die Rettung des deutschen Volkes zu beginnen. An unserer Bereitschaft, das stelle ich ausdrücklich fest, wird es dabei nicht fehlen.

Ich komme zum Schluß. Nach dem ersten Weltkrieg hat es ein geflügeltes Wort in der Provinz gegeben. Kiel, so hieß es, sei eine tote, eine sterbende Stadt. Wo dieses Wort wieder auftaucht da lassen Sie uns ihm vom ersten Tage an das Genick umdrehen! Selbstverständlich ist unsere Lage schwierig! Ist Kiel doch die am schwersten bombengeschädigte Stadt der Provinz, und die restlose Erschütterung aller wirtschaftlichen Fundamente stellt uns vor ungeheure Aufgaben. Aber tot wäre Kiel erst in dem Augenblick, wo seine Bürger die Energie und den Mut nicht aufbrächten, mit dem Aufbau ihrer Stadt noch einmal von vorn zu beginnen. Auf diesem leidenschaftlichen Selbstbehauptungswillen, auf diesem Willen, das Nächstliegende zu tun, damit es wieder vorwärts geht, auf dem Rest von Arbeitskraft, durch den wir durch die bevorstehenden schweren Hungermonate kommen wollen, auf allen diesen Fundamenten ruht die Zukunft unserer Stadt sicherer als in großen Aktienpaketen. Die Arbeit ist das sichere Fundament einer besseren Zukunft. So wollen wir denn alle, Hand- und Kopfarbeiter, mit einer Verbissenheit ohne gleichen an die Arbeit gehen, an die Aufräumung und den wirtschaftlichen und kulturellen Neubau unserer Stadt. Es gibt bereits Menschen in unserer Stadt, die in aller Stille ein gutes Beispiel echten Bürgersinnes gegeben haben. Im Ellerbeker Bauverein z.B., sind Genossenschaftler, wie ich kürzlich erfuhr, schon seit Monaten mit dem Einebnen der Bombentrichter beschäftigt. Ähnliche Zeugnisse echten Aufbauwillens wird es, wie ich glaube, auch an vielen anderen Stellen geben. Ich selbst war Zeuge, wie ein Gartenpächter am Prüner Schlag mit unverdrossenem Fleiß damit beschäftigt war, Trümmer und Sand herbeizuschleppen, um einen riesigen Bombenkrater in seinem Garten zuzuschütten. Wenn jeder von seinem Platz her die schwierigen Aufgaben angreift, dann, das ist meine felsenfeste Überzeugung, werden wir in wenigen Jahren einen ganz erheblichen Schritt vorwärts gekommen sein.

+)allein

Dieser Wille zur Selbstbehauptung und zur Mitverantwortung aber muß gekrönt werden durch den Willen zur gegenseitigen Hilfe. Ich könnte mir gut denken, daß die Gartenpächter einen Schaden, den der einzelne nicht verschuldet hat, gemeinsam zu beseitigen suchen. Auf diese Weise würde nicht nur in ein, zwei Arbeitstagen getan, womit sich ein Einzelner viele Wochen abplagt, es würde auch neu geboren der Geist echten genossenschaftliche Handelns, den der Nationalsozialismus bewußt getötet hat. Dieser Geist gegenseitiger Hilfe, diese freiwillige Hilfsbereitschaft, das ist der Geist, in dem das neue Kiel wieder aufgebaut werden muß. Solange Räumung und Aufbau Kiels nur auf Zwangsarbeit, nur auf erzwungenem Arbeitseinsatz begründet ist, solange fehlt ihm der sittliche Kern. Der Geist, der Berge versetzen kann, wird nicht aus wirtschaftlicher Form, dieser Geist wird allein aus der Überzeugung geboren, daß uns das Wasser bis zum Halse steht, und daß wir alle Hand anlegen müssen, um die schützenden Dämme gegen die drohende Wirtschafts-anarchie aufzurichten. Kiel hat den Ehrgeiz, diesen Geist zum Kernstück seines Aufbauprogramms zu machen. Dieser Geist muß auch uns, die Vertreter der Bürgerschaft beseelen. Ich bin deshalb der Meinung, daß die Stunde gekommen ist, wo die Stadtvertretung der Bürgerschaft ein gutes Beispiel zu geben hat, wo sie nicht mehr redet, sondern handelt. Ich schlage vor, daß Ratsherren, Stadträte und Bürgermeister sich geschlossen zum freiwilligen Arbeitseinsatz melden. Kiel ist keine tote und keine sterbende, Kiel ist eine durch den Nationalsozialismus geschändete Stadt! Kiel ist keine Stadt ohne Zukunft! Die Zukunft Kiels ruht in unseren Hirnen und in unseren Fäusten, in unserem gemeinsamen Willen, uns nicht unterkriegen zu lassen und allen Widerständen Trotz zu bieten. Kiel ist keine sterbende, Kiel ist eine kämpfende Stadt! 200.000 Menschen kämpfen um ihre Zukunft! Wenn jeder von uns seinen Mann steht, wenn jeder seine Sonderinteressen hinter die der Allgemeinheit zurückstellt, dann wird es nach schweren Tagen auch in unserer Stadt wieder ein menschenwürdiges Leben geben.

sterbende, sondern eine kämpfende Stadt. Wenn von den 200.000 jeder seine Pflicht tut, dann werden wir nach schweren Tagen auch wieder ein menschenwürdiges Leben führen können.

Der Oberbürgermeister dankt dem Bürgermeister für seine Ausführungen und verliest die in der Anlage 1a aufgeführte Entschliessung. Ratsherr **D i e k m a n n** unterstützt die Entschliessung. Darauf wird die Entschliessung lt. Anlage 1b verlesen.

Beschluß:

Beide Entschliessungen werden einstimmig angenommen.

Ratsherr **B o o k** verliest eine Entschliessung betr. Bekämpfung der Scheinarbeitsverhältnisse (Anl. 1c). Die Ratsherren **K r a u t w u r s t**, **K o s s a c k** und **P r e s l e r** unterstützen diese Entschliessung.

Beschluß:

Einstimmig angenommen.

Ratsherr **S c h a t z** bringt den unter Anlage 1d besprochenen Antrag der SPD.-Fraktion ein, zu dem die Ratsherren **K a r g**, **S t a d e** und **P r e s l e r** Stellung nehmen. Alle äussern sich zustimmend. Bürgermeister **G a y k** erklärt, daß gewisse psychologische Hemmungen festzustellen sind, die ihre Ursache in dem mangelnden Vertrauen haben. Bedauerlicherweise haben wir nicht die Möglichkeit gehabt, von vornherein eine radikale Operation vorzunehmen. Dadurch ist heute ein Brandherd entstanden, der schwer bekämpft werden kann. Die Entnazifizierung muß beschleunigt werden. Wir müssen endlich zu positiver Arbeit gelangen. Den Nationalsozialisten muß Gelegenheit zur Sühne gegeben werden, damit sie sich wieder in die Gemeinschaft einreihen können.

Beschluß:

Antrag der SPD.-Fraktion wird einstimmig angenommen.

Ratsherr **K o s s a c k** bittet um Mitteilung des Ergebnisses in der nächsten Sitzung.

Betrifft:

2. Anmietung und Aufstellung von Wohnbaracken für Bauarbeiterfamilien.

Berichterstatter: Bürgermeister Gayk und Stadtbaudirektor Jensen.

Mitberichterstatter: Stadtkämmerer Dr. Jeschke.

Antrag: Für den Abbruch, Transport und die Wiederaufstellung von 5 Wohnbaracken 150.000 RM aus Haushaltsstelle 660/901 - Groß- und Kleinräumung - bereitzustellen.

Bürgermeister **G a y k** begründet die Vorlage (Anl. 2). Er bemerkt, daß den Bauarbeitern unbedingt menschenwürdige Wohngelegenheiten geboten werden müssen, da es sonst nicht möglich ist, die für den Aufbau erforderlichen Arbeitskräfte heranzubekommen. Baudirektor **J e n s e n** trägt gleichfalls anhand der Vorlage (Anl. 2) vor. Er teilt ergänzend mit, daß die Verwaltung bittet, den Antrag dahingehend zu ändern, die Mittel aus dem Grunderwerbkonto 920/972 zu entnehmen und außerdem 14.000 RM für die Auf-

stellung

stellung von 2 weiteren Baracken durch die Marine in Holtensm
 zu bewilligen. Dafür wird der Stadt die Hälfte des Wohnraumes zur
 Verfügung gestellt. Dr. J e s e h k e erklärt, daß seitens der
 Kämmereiverwaltung gegen das Projekt keine Bedenken bestehen. Die
 Kosten sollen nicht aus dem Konto für Groß- und Kleinausmang
 - wie zuerst beabsichtigt - genommen werden, sondern aus dem Grund-
 erwerbkonte. Er bittet, den Antrage zuzustimmen.
 Ratherr K a r g e und H u s f e l d t nehmen zu dem Antrage
 Stellung. Ratherr K a r g e stimmt für seine Fraktion zu, ob-
 gleich die Kosten pro Wohnung über 3.700 RM betragen werden und
 die Stadt Kiel nicht einmal Eigentümer der Baracken wird. Ratherr
 H u s f e l d t schlägt vor, die "Herberge zur Heimat" in der
 Gartenstraße wieder herzustellen. Sie würde für Bauarbeiter zur
 Verfügung gestellt. 120 Betten sind vorhanden, auch die Küche
 ist tadellos in Ordnung. Die Kosten werden schätzungsgewise
 25.000 RM betragen. Bürgermeister G a y k ist mit dem Vorschlag
 einverstanden, wenn ausreichend Material vorhanden ist und die
 Herstellung technisch möglich sein wird.

Beschluß:

Für den Abbruch, Transport und die Wiederaufstellung von
 5 Wohnbaracken und 2 Baracken der Marine werden 164.000 RM aus
 Haushaltsstelle 920/971 - Grunderwerbkonte - bereitgestellt. Der
 Beschluß wird einstimmig gefaßt.

3. Betrifft: Mückkauf des Baumgrundstücks Ecke Sauer- und Flüggen-
 dorfer Straße.

Berichterstatter: Stadtbauinspektor Jensen.

- Antrag:
- a) Zustimmung zum Mückkauf,
 - b) Bereitstellung der Mittel von rd. 10.100 RM bei einer
 neu einzurichtenden Haushaltsstelle unter Entnahme
 aus der Haushaltsstelle 920/971.

Berichterstatter trägt anhand der Vorlage (Anl.3) vor.

Beschluß:

einstimmig angenommen.

4. Betrifft: Straßen- und Kanalisationsanlagen für die Baracken-
 siedlung auf dem Prof.-Peters-Platz.

Berichterstatter: Stadtbauinspektor Jensen.

Antrag: Nachträgliche Zustimmung zu der erfolgten Vergabe der
 Straßen- und Kanalarbeiten.

Berichterstatter trägt anhand der Vorlage (Anl.4) vor. Er be-
 tent, daß die Übernahme auf Besatzungskosten möglich sein muß.
 Bürgermeister G a y k unterstützt den Vorschlag von Stadtbau-
 inspektor J e n s e n auf Übernahme auf Besatzungskosten, da es
 sich um eine der Stadt aufgenommene Ausgabe handelt, die für durch-
 aus unproduktive Zwecke geleistet werden muß. Der Nutzen steht in
 keinem Verhältnis zu den Aufwendungen. Die Stadt kann die Ausgabe
 nicht verantworten. Er regt an, den Stadtkämmerer zu veranlassen,
 die Ausgaben als Besatzungskosten anzumelden.

Beschluß:

einstimmig angenommen.

5. Betrifft: Armietung des Saales im Hause der Landwirte.

Berichterstatter: Stadtschulrat Dr. Danielsen,

Mitberichterstatter: Stadtkämmerer Dr. Jeschke.

Antrag: Armietung des Saales im Hause der Landwirte durch die Stadt Kiel gegen eine jährliche Miete in Höhe von RM 6.750 zur Durchführung von kulturellen Veranstaltungen.

Stadtschulrat Dr. Danielsen trägt anhand der Vorlage (Anl. 5) vor und gibt den Mietvertrag auszugsweise bekannt. Stadtkämmerer Dr. Jeschke spricht sich gegen die Forderung der Landw. Hauptgenossenschaft auf Übernahme der Steuern und Abgaben bei einer evtl. Erhöhung aus. Auch die Reinigung des Treppenhauses hält er für eine unbillige Forderung. Eine einmalige Treppenreinigung wöchentlich kann als tragbar empfunden werden. Er bittet um Zustimmung zur Vorlage, gegen die staatsrechtlich keine Bedenken bestehen. Die Ratsherren Gottschalk, Engel, Presler, Dr. Lindemuth und Kossack beteiligen sich an der folgenden Aussprache. Es wird einstimmig erklärt, daß von allen Fraktionen der Antrag unterstützt wird. Ratsherr Engel übt Kritik an der Vergabe der Säle.

Beschluß:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt. Eine anteilige Übernahme von Steuern und öffentlichen Abgaben bei evtl. Erhöhung dieser kann nicht erfolgen. Die Stadt übernimmt wöchentlich einmal die Treppenreinigung.

6. Betrifft: Einführung eines freien Tages in der Woche für die Gast- und Speisewirtschaften.

Berichterstatter: Dozent Paulsen.

Antrag: Der Einführung eines freien Tages zustimmen.

Berichterstatter trägt anhand der Vorlage (Anl. 6) vor. Ratsherr Schweiß ist der Meinung, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht gestattet ist. Ratsherr Schmidt beweielt, daß die Versorgung der Bevölkerung durch die Gastwirtschaften bei Einführung eines freien Tages gewährleistet ist. Er erklärt, daß sich seine Fraktion vorbehält, einen Änderungsantrag einzubringen, wenn die befürchteten Mißstände eintreten sollten. Ratsherr Karge stimmt der Vorlage mit demselben Vorbehalt, wie Ratsherr Schmidt, zu. Dr. Lindemuth stimmt gleichfalls zu und betont, daß es sich lediglich um Herabsetzung der Überstunden handelt. Auch Ratsherr Nickelsen stimmt der Vorlage zu.

Beschluß:

Einstimmig angenommen.

7. Betrifft: Zuweisung der Abteilung Raumbewirtschaftung an das Stadtwirtschaftsamt.

Berichterstatter: Verwaltungsrat Handekow.

Antrag: Die Abteilung Raumbewirtschaftung, die bei Errichtung des Planungsamtes dieses angegliedert wurde, wird wieder dem Stadtwirtschaftsamt zugewiesen.

Berichterstatter trägt anhand der Vorlage (Anl. 7) vor.

Beschluß:

Einstimmig angenommen.

8. Betrifft: Bestellung von Vertretern für den diesjährigen schleswig-holsteinischen Städtetag.

Berichterstatter: Oberbürgermeister.

Antrag: Zustimmung zum Wahlvorschlag, der mündlich gegeben wird.

Oberbürgermeister trägt anhand der Vorlage (Anl. 8) vor. Es wird mitgeteilt, daß als Vertreter vorgeschrieben sind: Oberbürgermeister, Dr. L i n d e n u t h, Bürgermeister G a y k und Stadtrat K a r g e. Ratsherr S c h n e b i t t e t, der Freien Demokratischen Partei einen Vertreter zuzubilligen. Bürgermeister G a y k erklärt, daß die FDP. noch keine Fraktionsstärke habe. Die 4 Vertreter sind nach Stärke der einzelnen Fraktionen in einer interfraktionellen Besprechung festgestellt worden.

Beschluß:

Mit einer Stimmenthaltung angenommen.

9. Betrifft: Wahl des Aufsichtsrats der Kieler Wohnungsbaugesellschaft und Bestellung eines Vertreters der Stadtgemeinde Kiel für die Gesellschafterversammlung.

Berichterstatter: Bürgermeister Gayk.

Antrag: Zustimmung zu Vorschlägen, die mündlich vorgebracht worden.

Berichterstatter trägt anhand der Vorlage (Anl. 9) vor und bittet um Vorschläge für den Aufsichtsrat. Der Oberbürgermeister ist zum Vertreter der Stadtgemeinde für die Gesellschaft der Versammlung bestellt. Es werden vorgeschlagen:

CDU. Hubert W a g e n e r, Erwin G ä r t n e r,
als Vertreter: Karl W a g e n e r, Ratsherr S c h w e i m,
Paul T h e e d e.

SPD. Bürgermeister G a y k, Ratsherren S c h a t z und
K o w a l e w s k i,
als Vertreter: Ratsherren E n g e l und P r e y.

KPD. S c h l e s s e r,
als Vertreter: Karl M ü l l e r und W e i s, Fr'ort.

FDP. Sachverständiger H ü h r i n g.

Beschluß:

Einstimmig angenommen.

10. Betrifft: Wiederaufbau des städt. Gesundheitsamtes.

Berichterstatter: Stadtrat Dr. Deussen.

Mitberichterstatter: Stadtbaudirektor Jensen.

Antrag: Der baldigen Errichtung einer Baracke für das städt. Gesundheitsamt auf dem Gelände der städt. Krankenanstalt zuzustimmen.

Berichterstatter trägt anhand der Vorlage (Anl. 10a) vor. Stadtbaudirektor J e n s e n teilt mit, daß das Vorhaben voraussichtlich nicht sofort zur Durchführung gelangen kann, da das

Verfahren

Verfahren zur Genehmigung von Bauvorhaben auf Anordnung der Militärregierung geändert worden ist. In Zukunft müssen die Vorträge dem Brancheneffizier der Militärregierung zur Zustimmung eingereicht werden.

Beschluß:

Einstimmig angenommen.

11. Betrifft: Haus "First Bismarck" in Malente.

Berichterstatter: Stadtrat Karge.

Mitberichterstatter: Stadtkämmerer Dr. Jeschke.

Antrag: Entscheidung darüber, ob das Haus als Erholungsheim für ehemalige politische Häftlinge gepachtet werden soll.

Angelegt: Gutachten der Schatzungsabteilung und des Stadtrates Dr. Schuster.

Berichterstatter trägt anhand der Vorlage (Anl. 10b) vor. Stadtkämmerer Dr. J e s c h k e erklärt, daß die Kämmererverwaltung zunächst Bedenken gehabt habe, einen Vertrage, der auf 8 bis 10 Jahre abgeschlossen werden mußte, zumstimmen. Nachdem die Angelegenheit nunmehr schlagend geklärt worden ist, daß der Eigentümer während der 8 bis 10 Jahre vom Vertrage nicht zurücktreten kann, die Stadt jedoch die Möglichkeit hat, den Vertrag mit einer halbjährlichen Frist zu kündigen, bestehen seitens der Kämmererverwaltung keine Bedenken mehr. Er bittet um Zustimmung zur Vorlage. Ratsherr G o t t s c h a l k bemerkt, daß durchaus die Möglichkeit besteht, neben den Kl.-Häftlingen auch sonstige Erholungsbedürftige aufzunehmen und daß alledann echte Einnahmen getätigt werden können.

Beschluß:

Das Haus "First Bismarck" in Malente wird als Erholungsheim für ehemalige politische Häftlinge gepachtet. Die Stadt muß die Möglichkeit haben, von dem Vertrage mit 1/2-jährlicher Kündigungsfrist zurückzutreten.

12. Betrifft: Um- und Neubesetzungen von Ausschüssen.

Berichterstatter: Oberbürgermeister.

Antrag: Zustimmung zu den nachstehend ab Ziffer 2 gemachten Vorschlägen.

Berichterstatter trägt anhand der Vorlage (Anl. 10c) vor. Stadtrat K a r g e erklärt, daß es wünschenswert sei, wenn Ratsherr B r e i t e n s t e i n in Finanzausschuß nicht nur als ständiger Vertreter des Oberbürgermeisters fungiere, sondern den Vorsitz übernehme.

Die Mitglieder des Ausschusses wählen Ratsherrn Breitenstein zum Vorsitzenden des Finanzausschusses.

Beschluß:

Der Um- und Neubesetzung der Ausschüsse wird einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeister schließt die Sitzung um 18²⁰ Uhr.


Oberbürgermeister.

Bürgermeister.

Kiel, den 27. Mai 1946

1.) Aus der Niederschrift der Sitzung der Stadtvertretung vom 15.5.1946 erhalten Auszüge:

Von Punkt 1 der Tagesordnung: a) Stadtbaudirektor J e n s e n
h i e r

mit der Bitte zu der Entschliessung betr. Aufräumungs- und Aufbauarbeiten, Anlage 1a, das weitere zu veranlassen.

b) Herr Oberverwaltungsrat F i s c h e r

h i e r

ist wie folgt zu schreiben:

Betrifft: Sitzung der Stadtvertretung am 15.5.1946.

Die Stadtvertretung hat in ihrer Sitzung vom 15.5.ds. Mts. die beigefügte Entschliessung, betr. den Aufbau einer Friedensindustrie angenommen. Es wird gebeten, die in diesem Zusammenhang erforderlichen Massnahmen einzuleiten.

c) der Dezerent des Stadternährungsamtes Herr Dr. T h u n s d o r f f

h i e r

Betrifft: Bekämpfung der Scheinarbeitsverhältnisse bei den Lebensmittelverarbeitern.

Die Stadtvertretung hat am 15.ds.Mts. die beigefügte Entschliessung gefasst. Als sachbearbeitende Dienststelle wird dafür das Stadternährungsamt bestimmt.

d) Herr Oberstadtdirektor

h i e r

Betrifft: Arbeitseinsatz der aktiven Nationalsozialisten.

Die Stadtvertretung hat am 15.5.ds.Mts. die beigefügte Entschliessung gefasst. Über das Ergebnis der Verhandlungen mit der Militärregierung soll in der nächsten Sitzung der Stadtvertretung berichtet werden.

Von Punkt 2 der Tagesordnung: Stadtbaudirektor J e n s e n
h i e r

mit der Bitte um weitere Veranlassung.

Von Punkt 3 der Tagesordnung: Stadtdirektor N i e m e y e r

h i e r

mit der Bitte um weitere Veranlassung.

Von Punkt 4 der Tagesordnung: Stadtbaudirektor J e n s e n

h i e r

mit der Bitte um weitere Veranlassung

Von Punkt 5

- Von Punkt 5 der Tagesordnung: Stadtschulrat Dr. D a n i e l s e n
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung.
- Von Punkt 6 der Tagesordnung: der Dezernent des Vollzugs- und Ordnungsdienstes Herr P a u l s e n
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung.
- Von Punkt 7 der Tagesordnung: das Hauptamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung.
- Von Punkt 8 der Tagesordnung: das Hauptamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung.
- Von Punkt 9 der Tagesordnung: das Hauptamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung.
- Von Punkt 10 der Tagesordnung: der Dezernent des städtischen Gesundheitsamtes
Herr Medizinalrat Prof. Dr. K l o s e
oder Vertreter im Amt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung.
- Von Punkt 11 der Tagesordnung: der Dezernent der Sozialverwaltung
Herr K a s s m a n n
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung.
- Von Punkt 12 der Tagesordnung: das Ratsamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung.

2.) Zu den Akten.

Der Oberstadtdirektor

f 27/5